DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 099

Unterstützung der Proteste des „Bündnis für ein Solidarsemester“ am 20. Juni in Berlin

Beschluss des Landesvorstandes vom 19. Juni 2020

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen mobilisiert und unterstützt aktiv die Proteste gegen die sogenannten „Überbrückungshilfen“ für Studierende.
Anlagen:	**-**
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	**-**
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	**-**
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür:	12	dagegen:	0	Enthaltungen:	0

F.d.R

Dresden, 19.06.2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Für den 20.06. ruft unter anderem die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften gemeinsam mit Studierendenvertretungen aus ganz Deutschland sowie Gewerkschaften und Initiativen zum Protest unter dem Motto: „Eine Milliarde für eine Million – Studi-Hilfe jetzt!“ in Berlin auf, die um 14 Uhr am Hauptbahnhof beginnen soll.

Auf Grund der Corona-Pandemie sind viele Studierenden in finanzielle Notlagen geraten. Die Bundesregierung stellt für diese jedoch nur unzureichende Unterstützungsangebote bereit. Seit mehreren Wochen und Monaten machen Studierendenvertretungen auf die prekäre Situation der Studierenden aufmerksam. Bildungsministerin Karliczek legte einen **„Nothilfefonds“** vor, der den betroffenen Studierenden jedoch kaum hilft. Studierenden werden abhängig vom Kontostand maximal 500 Euro auf Antrag zur Verfügung gestellt. Der Fonds ist insgesamt unzulänglich mit nur 100 Mio. Euro ausgestattet, betroffen sind jedoch ca. 1 Mio. Studierende. Sie sind in existentielle Notlagen geraten, weil auf Grund der Pandemie Nebenjobs weggefallen sind, oder die Eltern auf Grund von Kurzarbeit nicht mehr so viel zahlen können. Die Hilfen werden zudem nur für Juni, Juli und August ausgezahlt, die Krise begann jedoch schon im März. Gestundete Mieten und Rechnungen können so nicht abgezahlt werden.

Die einzige Möglichkeit die Studierenden bleibt, ist einen **Kredit** aufzunehmen. Davor schrecken viele jedoch zurück. Hinzu kommt, dass der Kredit auf 650 Euro pro Monat begrenzt ist. Wo kann man davon leben?

Viele können den Kredit erst gar nicht beantragen, da sie von vornherein die Bedingungen nicht erfüllen. Der Kredit ist nur bis März 2021 zinsfrei, danach können für Studierende durch Zinsen bis zu 3.500 Euro zusammenkommen. Die Rückzahlung des Kredites muss oft schon während des Studiums beginnen. Wer keine reichen Eltern hat, die im Notfall helfen können, wird auch keinen Kredit aufnehmen.

Viele Studierende mussten bereits ihr Studium abbrechen, weil sie eben nicht auf Rücklagen und reiche Eltern zurückgreifen konnten. Und es wird auf Grund fehlender bzw. unzureichender Hilfen weiteren Studierenden so gehen, denn viele schrecken vor der hohen Verschuldung zurück. Mit diesen Maßnahmen der Bundesregierung wird die Bildungsungerechtigkeit weiter verschärft. Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht abhängig sein vom eigenen Geldbeutel, oder dem der Eltern, dafür müssen wir als LINKE an der Seite der Studierenden kämpfen.

Infos unter: https://solidarsemester.de/demonstration-am-20-juni/